

Mittwoch (Vormittag), 21. November 2018

Direction de l'économie publique

25 2018.RRGR.194 Motion 060-2018 Imboden (Bern, Les Verts)

Plus de transparence et de durabilité dans la promotion économique et les remises d'impôt pour les entreprises du canton

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Damit kommen wir zum Traktandum 25, eine Motion von Grossrätin Imboden. Frau Imboden, Sie haben das Wort.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich denke, ich bin froh, dass man hier über dieses Traktandum doch inhaltlich diskutieren kann. Bei dieser Motion geht es um mehr Transparenz und Nachhaltigkeit bei der Wirtschaftsförderung und bei den Steuererlassen für Unternehmen im Kanton Bern. Es sind zwei unterschiedliche Themen, die beide einen sehr engen Zusammenhang haben. In der ablehnenden Antwort verweist die Regierung darauf, dass man im Bericht der Wirtschaftsförderung genügend Informationen über die Transparenz habe.

Ich habe denn auch sehr interessiert sowohl die jährlichen Berichte der Wirtschaftsförderung als auch die Bilanz über die letzten zwanzig Jahre, die im Jahr 2017 erschienen ist, lesen können. Dort drin sieht man, dass in diesen zwanzig Jahren 1100 Projekte über die Wirtschaftsförderung unterstützt wurden. Die Prioritäten liegen hier sehr klar bei der Präzisionsindustrie; das sind 400 von diesen 1000. Der zweite Bereich ist derjenige der ICT, und die dritte Kategorie ist «Andere». Da weiss man nicht so genau, was es ist. Der vierte Punkt ist Medizinaltechnik, und am zweitwenigsten ist im Bereich Umwelt und Energie vorhanden.

In dieser Motion geht es, wie gesagt, um Transparenz und Nachhaltigkeit. Zum Stichwort Umwelt und Nachhaltigkeit: Die Motion stellt in zwei Punkten den Zusammenhang her, dass wir bei der Wirtschaftsförderung auch die Nachhaltigkeit und die Ökologie mitberücksichtigen und mehr Transparenz schaffen. Hier muss ich doch an die Adresse des Volkswirtschaftsdirektors deponieren, dass ich mehr als nur enttäuscht bin, dass in der Antwort der Regierung kein einziges Wort zu diesem Bereich Nachhaltigkeit referiert wird und weshalb man das ablehnt. Sehr geehrter Herr Regierungsrat, der Klimapakt von Paris gilt auch für die Wirtschaftsförderung des Kantons Bern, und ich bitte Sie, wirklich darauf hinzuwirken, dass man dem auch Nachhaltigkeit verschafft.

Die Regierung lehnt die Motion ab, und sie sagt, man habe genügend Transparenz. Im Bericht des Jahres 2017 steht zum Beispiel, wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden, wie viele Investitionen von diesen geförderten Unternehmungen getätigt werden. Bei den Arbeitsplätzen steht, dass man 7961 Arbeitsplätze zu schaffen geplant habe. Bei den geschaffenen Arbeitsplätzen sieht es dann aber ein wenig anders aus. Da ist die Zahl 4755. Das heisst, etwa 3000 Arbeitsplätze, die man hat schaffen wollen, wurden nicht geschaffen, und das zeigt doch genau die Schwierigkeit. Wir wissen nicht, weshalb diese Arbeitsplätze nicht geschaffen wurden. Werden Sie noch geschaffen? Gibt es Gründe dafür? Müssen dann die Betriebe, die Förderung erhalten haben und Arbeitsplätze nicht haben schaffen können, nachher Rückzahlungen machen? Darüber wird kein einziges Wort verloren.

Ebenso bei den Steuererlassen: Der Regierungsrat kann neu gegründeten und angesiedelten Unternehmungen gemäss dem Artikel des geltenden Steuergesetzes (StG) Steuererlasse für maximal zehn Jahre gewähren. Wer genau davon profitiert, liebe Kolleginnen und Kollegen, das weiss man nicht. Man weiss zum Beispiel, dass die Meyer Burger Technology AG während zehn Jahren nur 50 Prozent der Gemeinde-, Kantons- und Kirchensteuern auf Gewinn und Kapital zahlen musste. Das weiss man aber nur, weil Meyer Burger das selber kommuniziert hat. Bei CSL Behring weiss man es auch nicht so genau. Da unterhält man man sich irgendwie herummurmeln darüber, dass sie angeblich – angeblich! – zehn Jahre lang für ihren neuen Produktionsort gar keine Steuern bezahlt haben. Das heisst: Das sind Gerüchte, unklare Informationen, wenig Transparenz.

Und vielleicht noch ein letztes Beispiel: Ich weiss nicht, ob Sie die Walgreen Boots Alliance kennen? Das ist eine amerikanische Apothekenkette, börsenkotiert, 130 Mrd. US-Dollar schwer, eine der

grössten globalen Unternehmungen im diesem Bereich. Im Jahr 2012 hat die VOL in einer Medienmitteilung – das kann man nachlesen – kommuniziert, dass diese nach Bern komme. Das freut uns! Sie sind heute im Postpark, also bei der Welle beim Bahnhof, beheimatet. Man liest aber seither nicht mehr viel darüber, was jetzt passiert ist, aber im Geschäftsbericht dieser Unternehmung ist von «tax holidays» zu lesen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, «tax holidays» ist das gleiche wie Steuererleichterungen. Diese Unternehmung hat mit Sitz im Kanton Bern für das Jahr 2016 116 Mio. Franken «tax holidays» gehabt, für das Jahr 2017 «tax holidays» von 142 Mio. Franken. Das sind entgangene Steuereinnahmen. Ich sehe, dass die Lampe leuchtet. Ich glaube, das zeigt sehr deutlich: Wir haben ein Interesse daran – als Grosser Rat, als Aufsichtsorgan –, mehr Transparenz zu haben. Darum bitte ich Sie, diese Motion so zu überweisen, damit wir die Gelegenheit erhalten, künftig mehr Informationen über ein doch relativ heikles Gebiet zu haben. Es geht nämlich hier um Steuergelder für die Wirtschaft, für die geförderte Wirtschaft. Herzlichen Dank für die Unterstützung!

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als Erstes für die Fraktion der EDU, Grossrat Jakob Schwarz.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Wenn niemand beginnen will, mache ich mit der kleinsten Fraktion halt doch den Anfang. Die EDU-Fraktion hat gewisse Sympathien für das grundsätzliche Anliegen dieses Vorstosses. Auch für uns sind Transparenz und Nachhaltigkeit in diesem Bereich wichtig. Trotzdem geht uns der Vorstoss eindeutig zu weit, indem gleich gerade alles öffentlich gemacht werden soll. Sofern nötig, könnten wir uns durchaus weitergehende Offenlegungspflichten gegenüber dem Grossen Rat oder weitergehende Kompetenzen der GPK vorstellen.

Gemäss Nachfrage beim GPK-Präsidenten erhält die GPK aber – Stand heute – eine Übersicht über alle Geschäfte der Wirtschaftsförderung, erfolgreiche wie nicht erfolgreiche und nach Regionen aufgeteilt. Sie hat zudem die Möglichkeit, jedes dieser Geschäfte einer vertieften Überprüfung zu unterziehen. Das erachten wir als genügend, und darum lehnen wir diesen Vorstoss in der vorliegenden Form ab.

Antonio Bauen, Münsingen (Grüne). Es wird Sie kaum überraschen, dass die grüne Fraktion diesem Vorstoss zustimmt. Einleitend möchte ich klar sagen, dass die Grünen das Engagement des Kantons Bern zur Standortförderung sehr unterstützen und begrüssen. Die Förderung basiert, wie bekannt, auf folgenden vier Pfeilern: Wirtschaftsförderungsgesetz (WFG), Innovationsförderungsgesetz (IFG), das Kantonale Gesetz über Investitionshilfe für Berggebiete (KIHG), das Basis für die neue Regionalpolitik ist, und das Tourismusentwicklungsgesetz (TEG). Dazu kommen aber noch der grosse unbekannte Brocken des StG und die damit verbundenen Steuererleichterungen.

Der Kanton leistet so sicher einen wichtigen Beitrag für Innovation, anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung, Neugründung und Ansiedlung von Unternehmen und somit zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons Bern. Er betreibt die Fördermassnahmen mithilfe von Beratung und Vermittlung, mit Finanzbeiträgen, mit Beiträgen an Innovationsprojekte, mit der Förderung von Start-ups, mit Exportförderung und durch Unterstützung von KTI-Projekten, aber eben auch durch Steuererleichterungen oder Steuererlasse, nicht zuletzt auch mit dem Erlassen oder Reduzieren von Handänderungssteuern. Wie wir schon gehört haben, hat der Regierungsrat hier Möglichkeiten, solche Steuererlasse oder Steuererleichterungen bis maximal zehn Jahre zu gewähren.

Gemäss dem Geschäftsbericht, der auch schon erwähnt worden ist, wurden in den letzten Jahren pro Jahr rund 50 Projekte mit Beiträgen von insgesamt 2–4 Mio. Franken aufgrund des WFG, 5–10 Mio. Franken aufgrund des TEG ausgeschüttet sowie Darlehen von 2–15 Mio. Franken gegeben. Dabei erstaunen uns folgende zwei Sachen. Erstens: Die gewährten Steuererleichterungen sind nicht ausgewiesen. Hier tappt man im Dunkeln. Wir wissen nicht genau, wo wir dort stehen, in welchem Verhältnis, in welcher Relation zu den Erfolgen oder auch zu den Gesamtsteuern das eigentlich steht. Zweitens: Obschon sich die Wirtschaftsstrategie des Kantons Bern klar Cleantech und Nachhaltigkeit als Ziel gesetzt hat, wurden gemäss Geschäftsbericht von den rund 50 Projekten pro Jahr nur 1–7 Projekte in den letzten Jahren im Bereich Energie und Umwelt gefördert.

Uns ist aber der sorgfältige Umgang, der ziel- und wirkungsorientierte Einsatz von Steuergeldern und die Gewährung von Steuererleichterungen, aber auch die Kohärenz mit den Zielsetzungen der

Wirtschaftsstrategie sehr wichtig. Damit wir als Grosser Rat sicher sein können, dass das auch wirklich stattfindet, braucht es mehr Transparenz und ein zuverlässiges Controlling in Form eines Reportings, das diesen Namen auch verdient. Der Geschäftsbericht ist da viel zu allgemein und bringt besonders auch im Bereich der Steuererleichterungen gar keine Aussagen. Wir fordern deshalb, auch im Sinne der Motion, mehr Transparenz: Für was und für wen wurden diese Beiträge ausgeschüttet? An wen und in welchem Umfang wurden welche und während welcher Dauer Steuererleichterungen gewährt? Und wie tragen die Beiträge der Steuererleichterung zur Zielerreichung der Wirtschaftsstrategie und den darin enthaltenen Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung bei und haben vielleicht auch schon Wirkung gezeigt?

Wir denken, es ist nichts als wichtig, dass man hier mehr Transparenz schafft. Wir sehen ein, dass man nicht jedes Detail von jeder Unternehmung offenlegen kann, darf und soll – nicht zuletzt auch im Interesse des Kantons. Aber hier muss mehr Transparenz kommen. Wir danken für die Unterstützung dieser Motion.

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp). Für uns ist dieser Vorstoss nicht ganz aus dem Tierbuch. Wir können den Wunsch nach mehr Transparenz durchaus nachvollziehen. Es ist tatsächlich so, dass auch wir ein wenig infrage stellen, ob man mit diesen Steuererlassen wirklich nachhaltig mehr Steuersubstrat und mehr Wachstum im Kanton Bern generiert. Wir sind eigentlich eher der Meinung, dass wir vor allem im Steuerwettbewerb, wo für alle Unternehmen die gleichen Grundlagen gelten, kompetitiver werden sollten.

Dennoch ist es für uns so, dass die Punkte 2–4 definitiv zu weit gehen, und zwar ist es auch ausgeführt: Das geht mit dem geltenden StG rechtlich gar nicht, und es ist auch so, dass es für uns dort zu sehr ein wenig so ist, als möchte man die Unternehmen einfach veröffentlichen oder an einen Pranger stellen. Und wenn schon, ist für uns eigentlich nicht das der Handlungsbedarf, sondern der Handlungsbedarf, wie es umzusetzen ist, ist beim Regierungsrat. Jakob Schwarz hat es angesprochen: Das ist etwas, auf das vielleicht die FiKo oder die GPK noch stärker den Finger haben könnten – dann müsste man es nicht ganz veröffentlichen –, dass man dort mehr Transparenz schafft.

In diesem Sinne sind wir bereit, den Punkt 1 als Postulat anzunehmen, damit der Regierungsrat schauen kann, wie man dort weiter vorgehen könnte. Damit muss man nicht gerade eine öffentliche Liste machen, die für jedermann oder jede Frau einsehbar ist, aber die Möglichkeit für mehr Transparenz soll geschaffen werden, damit wir als Parlamentarier nachher besser beurteilen können, ob dort die Gelder oder die Steuerausfälle tatsächlich sinnvoll investiert werden. Also zusammengefasst: Punkt 1 als Postulat, die restlichen Punkte lehnen wir ab.

Tom Gerber, Reconvilier (EVP). Comme vous tous, je pense, notre groupe considère la promotion économique comme importante pour la création d'emplois dans notre canton. Il est vrai, cependant, qu'un certain manque de transparence, que la confidentialité de certaines informations est considérée comme quelque peu gênante, et dans ce sens, nous avons une certaine compréhension pour cette motion. Pour nous, mais aussi particulièrement pour la population, il est encore plus difficilement compréhensible que certaines entreprises obtiennent des remises d'impôt et que certaines d'entre elles s'en vont dès que le délai de remise est passé. On en a eu un exemple dans notre région. Cependant, le groupe évangélique comprend majoritairement les arguments du gouvernement parce qu'on a l'impression que ce texte va trop loin. On comprend donc que par rapport à la confidentialité de certaines données, et dans ce sens-là, on refuse pour ces raisons les deux premiers points de cette motion.

Par contre, il nous semble que les points 3 et 4 ne sont pas dénués de fondement, et même, ils font réellement sens. Nous peinons à comprendre pourquoi le gouvernement semble vouloir se soutirer à une analyse de l'efficacité des mesures à long terme, et botter en touche toute question environnementale en lien avec la promotion économique. Nous soutenons donc le vote point par point. Nous vous proposons de rejeter les deux premiers points, et d'accepter les points 3 et 4.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Ich kann es gleich vorwegnehmen. Die BDP lehnt diese Motion einstimmig ab, aber zur Motion selber doch noch einige Aussagen: Die Wirtschaftsförderung ist innerhalb des Grossen Rats immer wieder ein Thema. Der Antwort des Regierungsrates können wir entnehmen, dass daraus innerhalb der Volkswirtschaft die Berichterstattung bezüglich Transparenz ausgebaut wurde. Das nehmen wir positiv zur Kenntnis. Ich möchte erwähnen, dass innerhalb der Diskussion über die Angebots- und Strukturüberprüfung

(ASP) von bürgerlicher Seite her dann auch ein Antrag gestellt wurde, wonach die Kosten des Messebonus zu senken seien, und zwar mit der Begründung, dass man der Meinung war, dass Unternehmen, die sich im Ausland an Messen beteiligen, sicher in der Lage sein sollten, diese Kosten selber zu tragen. Dort haben wir ja Anpassungen verlangt.

Jetzt zuerst zur Wirtschaftsförderung und dann zu den Steuern, zum zweiten Punkt: Die Wirtschaftsförderung fliesst nach Grundlagen verschiedener Gesetze in die Unternehmen. Die transparenten Fakten und Zahlen dazu werden bekanntlich jährlich im Geschäftsbericht abgebildet. Bevor überhaupt Geld fliesst, müssen also klare Anforderungen erfüllt sein. Die Wirtschaftsförderung funktioniert weder nach einem Giesskannenprinzip noch nach dem Slogan: «Wer hat noch nicht, wer will noch mehr?». Die Wirtschaftsförderung ist – wie wir es übrigens auch von anderen Geschäften kennen – als Teil einer Anschubfinanzierung zu werten. Wenn dann die Anschubzeit vorbei ist, spielt der Markt, ein Markt der jetzt im erwähnten Beispiel – ich nehme es extra hervor – von Meyer Burger in Thun ein globaler Weltmarkt ist. Und genau dieser Markt ist dann knallhart und von sehr vielen Faktoren abhängig.

Dazu eine Wirtschaftsanalyse zu machen, wie es die Motionärin zum Beispiel im Punkt 3 verlangt, wäre sicher eine sehr interessante Arbeit für die ausführende Stelle. Die Arbeit würde sicher viel kosten, aber die Frage, «Was machen wir nachher damit?», ist erlaubt, glaube ich. Und ich bleibe gerade bei Meyer Burger. Dass ein Unternehmen in dieser Grösse nach rund zehn Jahren die errechneten Zahlen und Ziele nicht erfüllen kann, ist einerseits für das Unternehmen selber, andererseits auch für die Stadt, die Region und ganz sicher für den Kanton Bern tragisch, aber vor allem auch für das Personal, das dann eben seine Stellen verliert. Diese Situation kann aber nicht in direkten Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung gebracht werden. Mit dieser oder ohne diese Förderung müssen die Unternehmen ein Risiko tragen, am Markt bestehen können und eben in diesem Fall, einem globalen Markt, der knallhart ist.

Zum zweiten Punkt der Motion, dem Steuererlass: Beim Steuererlass ist die Lage für uns ebenfalls ganz klar. Wir kennen das Steuergeheimnis, und die kantonalen und Bundesgesetzgebungen sind einzuhalten. Was also vom Gesetz her gegen aussen kommuniziert werden kann, wird kommuniziert, und alles andere unterliegt dem Steuergeheimnis.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Bevor wir zur nächsten Sprecherin kommen, ein Hinweis – und jetzt bringe ich eventuell gewisse Leute gerade etwas in die Sätze – über das weitere Vorgehen, wie wir es ordnen müssen und zu organisieren versuchen. Nach der VOL werden wir die Geschäfte der POM drannehmen. Nach der POM folgen die Geschäfte der ERZ, und die GEF kommt erst morgen dran. Nachher wäre dann fertig. Wir machen einfach so weit, aber die POM käme nun vorher; sie können am Abend nicht, sie kommt gerade nach der VOL. Also diejenigen, die jetzt noch über den Mittag POM-Speeches schreiben wollten: Bitte jetzt gleich dahintergehen, damit Sie dann nachher etwas sagen können. Vielen Dank.

Als nächste Fraktionssprecherin für die SP-JUSO-PSA, Tamara Funicello.

Tamara Funicello, Bern (JUSO). Wir diskutieren in diesem Rat über sehr unterschiedliche Sachen, zum Teil durchaus kuriose Sachen, zum Beispiel über Luchse, Bären und Wölfe – mir als Städterin ist es immer noch ein Rätsel, weshalb das so spannend ist, aber offensichtlich ist das wichtig – oder über Hundekurse. Ich hätte vor einem halben Jahr auch nicht gedacht, dass ich mich tatsächlich einmal vertieft mit einem Abwassergesetz oder mit Fenstern in der Uni Tobler auseinandersetzen würde. Aber das tun wir hier, und das ist auch gut so.

Es ist auch wichtig und richtig, dass wir dafür alle Informationen haben, die wir brauchen, um Entscheidungen zu treffen. Das ist unser Job. Wenn ich keine Informationen erhalte oder sie mir nicht holen könnte, über den Luchsbestand oder über den Nutzen von Hundekursen, dann wären meine Entscheidungen nichts anderes als einfach ein Bauchgefühl. Und genau darum erhalten wir ja auch kiloweise Papier nach Hause geschickt.

Aber bei einem Geschäft, einem wichtigen Geschäft, haben wir fast keine Informationen – ein Geschäft, das massgeblich darüber entscheidet, wie viel Busse oder Postautos in diesem Kanton fahren, wie gross die Klassen sind, ob wir uns mehr oder weniger Spitex leisten können. Wenn es um Steuererleichterungen für Unternehmen geht, um Grossunternehmen, nicht um KMU, wie Grossrätin Imboden auch dargelegt hat, dann sind wir als Grosser Rat nicht gerade blind, aber haben doch eine starke Sehschwäche.

Der Regierungsrat kann in Eigenregie entscheiden, ob er Steuererleichterungen gewährt oder nicht, und wir haben keine Ahnung, in welchem Umfang das geschieht, bei wem genau und was es uns

bringt. Das Einzige was wir wissen, ist, dass es geschieht. Das ist etwa so, als würde man uns einen Wikipedia-Artikel zu Luchsen in die Unterlagen legen, aber ohne zu sagen, ob und wie viele es im Kanton Bern gibt. So kann man doch einfach nicht sauber diskutieren!

Jetzt führt der Regierungsrat das Argument ins Feld, dass das im Interesse des Kantons Bern ist, wenn man diesen Unternehmen Steuererlass gewährt und niemandem sagt, wie viel das genau ist. Wie wollen wir hier drin beurteilen, ob uns das etwas gebracht hat oder nicht? Wir wissen es ja einfach nicht und die Bevölkerung übrigens auch nicht. Und zudem: Die Beispiele, die publik werden – man kann eines davon zum Beispiel in den Unterlagen nachlesen –, sprechen nicht gerade dafür, dass das sehr viel Sinn gemacht hat: Grossunternehmen, die über Jahre keine oder kaum Steuern bezahlt haben, und dann wieder nach China abdösen – «match wow», sagt meine Generation dazu –, und wir verschliessen einfach unsere Augen davor.

Wir brauchen andere, visionäre Wirtschaftsförderungsmittel in diesem Kanton und weltweit, nicht Steuererleichterung, nicht Steuerwettbewerb. Diese schaden nämlich der Bevölkerung in diesem Kanton, in diesem Land und auf der ganzen Welt. Der Steuerwettbewerb ist schlecht für die Menschen. Unter dem Strich und langfristig gesehen profitieren nämlich nur die Grossunternehmen davon. Diese spielen uns gegeneinander aus. «Teile und herrsche», heisst die hübsche Devise. Google geht zuerst zu Trump, nachher nach China und dann nach Zürich anklopfen, wartet darauf, dass sich diese selber zerfleischen und nimmt nachher das beste Angebot. So läuft es nämlich, Frau Luginbühl.

Und diese Spirale dreht sich, und die Steuern sinken und sinken und sinken. Und wir unterhalten uns nachher hier darüber, wo genau die Bevölkerung bluten soll. Das ist nicht die Politik der SP. Wir stehen «für alle statt für wenige» ein – konsequent, feministisch, für 99 Prozent und nicht für das reichste Prozent. Deshalb unterstützen wir diesen Vorstoss und würden Sie einladen, das Gleiche zu tun.

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP). Ich möchte meiner Vorrednerin herzlich für ihr Votum danken, weil es nun relativ klar wird, worum es bei diesem Vorstoss geht. Man will eigentlich nicht mehr Information, sondern man will einfach ein Instrument aus der Steuergesetzgebung canceln, und ich glaube, so müssen wir diesen Vorstoss auch behandeln. Es geht darum, die Steuererleichterung zu verhindern, und dafür haben wir wenig Verständnis.

Der Kanton Bern liegt im Standortwettbewerb sehr weit hinten. Steuerwettbewerb ist eine Realität, egal ob man das nun akzeptieren will oder nicht. Und die Steuererleichterungen sind ein Mittel dazu, dass der Kanton Bern doch noch auf eine Art und Weise steuerrechtlich konkurrenzfähig bleibt. Das Instrument ist gesetzlich verankert, es ist im Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) vorgesehen. Es ist im Artikel 18 unseres StG konkretisiert. Also: Man macht hier nichts Zwielfichtiges, man macht schon gar nichts Verbotenes.

Und Steuererleichterungen haben sehr viel mit dem Steuergeheimnis zu tun: Auch das ist gesetzlich verankert. Es hat mit Vertraulichkeit zu tun. Wenn die Unternehmen, die Steuererleichterung bekommen, an den Pranger gestellt werden, dann stellt man dieses Instrument eben an sich in Frage. Und wer darum hier will, dass diese Unternehmen die Hosen runterlassen müssen, will eben, dass das Instrument an sich in Frage gestellt wird. Und da fragen wir uns seitens der SVP-Fraktion halt schon ein wenig, was die Konsequenz dieses Vorstosses anbelangt. Es sind die gleichen Kreise, die im Moment «kantonsauf, kantonsab» davor warnen, man solle dem Bundesgesetz zur Überwachung von Versicherten, die Leistungen von den Sozialversicherungen beziehen, nicht zustimmen – Stichwort Datenschutz. Hier aber will man, dass die Unternehmen an den Pranger gestellt werden.

Man sagt, man brauche die Informationen zum Steuererlass für Unternehmen zwingend, um beurteilen zu können. Liebe Tamara Funicello, sind Sie dann der Meinung, dass zum Beispiel all die Privaten, die armengenössig sind und darum einen Steuererlass erhalten, uns hier im Grossen Rat auch alle mit Vornamen und Namen mitgeteilt werden, damit wir alle Informationen haben, ob der Kanton Bern Steuererlassgesuche von Privaten vielleicht zu grosszügig beurteilt? Ich glaube, das möchten Sie wahrscheinlich nicht. Ich persönlich will es auch nicht, weil ich die Privatsphäre respektiere. Aber es zeigt ein wenig die ungleichen Ellen, mit denen man misst. Bei privaten Armengenössigen hält man den Datenschutz hoch, bei Unternehmen, die für unseren Wirtschaftsstandort essentiell sind, will man, dass sie die Hosen runterlassen müssen. Da gibt es plötzlich keinen Datenschutz mehr.

Also, die SVP hilft nicht, hier mit völlig ungleichen Ellen zu messen, umso mehr als es hier wirklich um das Eingemachte geht, nämlich um unseren Wirtschaftsstandort. Wir lehnen diesen Vorstoss

einstimmig ab. Vielleicht noch zum Schluss: Wir verstehen auch nicht ganz, weshalb man in dieser Thematik mit den Klimazielen einfach unbedingt noch eine Facette mehr bemühen will. Die Klimaziele von Paris – einfach noch zu sagen – sind nicht die einzigen umweltrechtlich relevanten Themen. Ein Kernkraftwerk zum Beispiel wäre wahrscheinlich auch ziemlich im Interesse der Klimaziele von Paris, weil es im CO₂-Bereich recht effizient ist. Wenn man also die Nachhaltigkeit bemühen möchte, dann müsste man das auch hier ein wenig breiter machen.

Aber kurz zusammengefasst: Dieser Vorstoss hier will die Steuererleichterungen für Unternehmen verunmöglichen. Dabei helfen wir nicht mit. Wir lehnen dies einstimmig ab, auch als Postulat.

Adrian Haas, Bern (FDP). Dieser Vorstoss ist eigentlich ziemlich alter Kaffee, er enthält nicht viel Neues. Wir haben hier drin schon verschiedentlich über die Transparenzfragen diskutiert, aber man kann ja auch immer wieder diskutieren.

Ich glaube, die heutige Lösung, wonach der Ausschuss der GPK volle Transparenz erhält, sei grundsätzlich genügend und tauglich, und damit wird ja auch die Aufsicht über die Regierung und Verwaltung sichergestellt. Zudem haben wir ja dann auch noch die Finanzkontrolle (FK).

Auch andere Kantone haben solche Wirtschaftsförderinstrumente und gewähren im Detail nicht mehr Transparenz. Man ist halt in Konkurrenz. Die Einzelunternehmensförderung – inhaltlich – ist sicher so lange nötig, als auch andere Kantone das tun. Am Besten ist es natürlich, wenn man das Steuerklima für Unternehmen generell so gestaltet, dass es attraktiv ist. Aber daran sind wir, und wir werden am 25. November Klarheit haben.

Es geht übrigens nicht nur um Steuererleichterungen; das müsste ich noch Frau Funiciello sagen, die jetzt quasi ihr Süppchen vollends auf der Steuererleichterung gekocht hat. Es geht auch um Projektbeiträge zum Beispiel in Ergänzung zu den KTI-Förderungen. Das ist durchaus auch sinnvoll. Letztlich ist es natürlich nicht ganz einfach, eine Wirkungsanalyse zu machen, darüber sind wir uns im Klaren. Es führt ja zu Kostensenkungsmassnahmen, es werden Investitionen gefördert, und da gibt es natürlich auch gewisse Mitnahmeeffekte. Aber immerhin bemüht sich die Standortförderung, in ihrem Geschäftsbericht auch über die Wirkung ihrer Massnahmen zu berichten. In diesem Sinne bitten wir Sie, diesen unnötigen Vorstoss abzulehnen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Als Einzelsprecher: Grossrat Peter Siegenthaler, SP.

Peter Siegenthaler, Thun (SP). Ich komme hier nach vorne, weil kurz vor dem Ende der Antwort auch noch die GPK erwähnt ist und dass wir die Geschäfte der Standortförderung im Rahmen von jährlichen Gesprächen im FIN-VOL-ERZ-Ausschuss unserer GPK eng begleiten. Ich möchte dazu einfach ein paar Sachen sagen.

Wir haben uns in einem längeren Prozess so annähern können, dass die GPK mit denjenigen Informationen, die sie jetzt erhält, zufrieden sein kann und auch zufrieden ist. Wir werden transparent darüber informiert, welche Geschäfte erfolgreich waren. Aber man wird auch darüber informiert, welche Geschäfte gescheitert sind. Das gibt es auch. Und für die bestimmte Geheimhaltung gegenüber einer weiteren Öffentlichkeit haben wir ein bestimmtes Verständnis. Man könnte vielleicht sagen: Wenn alle Kantone mit ihren Mitteln zur Wirtschaftsförderung, direkt oder indirekt, ganz transparent wären, dann könnte der Kanton Bern hier auch mitmachen. Aber wenn der Kanton Bern der einzige ist, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, haben wir ein bestimmtes Verständnis dafür, dass man nicht so weit gehen kann.

Wir sind zum Teil Gemeindevertreter. Erinnern wir uns, wie wir selber in unseren Regionen, in unseren Gemeinden Unternehmungen anzusiedeln versuchen, und ich glaube auch nicht, dass wir untereinander viel mehr Transparenz herstellen, als die Kantone untereinander haben. Also: Wir sind hier in einem sehr sensiblen Bereich, der Erfolge, aber auch Misserfolge birgt. Und diese Misserfolge und diese Erfolge werden uns gegenüber transparent dargelegt. Das war nicht immer so. Dafür hat es einen Prozess gebraucht. Aber mit den jetzigen Verantwortlichen in der VOL, und schon mit dem Vorgänger, haben wir diesen Prozess so komplettieren und vervollständigen können, dass wir heute zufrieden sein dürfen.

Letztendlich führen ja wir die Aufsicht über die Verwaltung auch in Ihrem Auftrag aus. Wir sind ein von Ihnen gewähltes Organ. Deshalb dürfen Sie uns vertrauen – auch wenn es den einen vielleicht mehr und den anderen weniger schwer fällt –, dass wir hier versuchen, unserer Arbeit bestmöglichst nachzukommen. Und ich möchte auch der VOL für diesen Prozess danken, den wir hier miteinander haben machen dürfen. Das war noch mein Beitrag zur Vervollständigung der Antwort,

die hier von der Regierung gegeben wurde. Ich danke Ihnen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich sehe keine Sprechenden mehr. Dann gebe ich das Wort Regierungsrat Ammann.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Die Regierung und das Parlament haben sich in den letzten Jahren verschiedentlich mit der Frage der Transparenz befasst. Das ist wichtig, das ist richtig. Im Bereich der Wirtschaftsförderung hat aber Transparenz Grenzen. Weshalb? Wenn wir in der besten aller Welten lebten, gäbe es keinen Steuerwettbewerb, und dann bräuchten wir hier im Parlament keine solchen Vorstösse zu diskutieren. Wir leben aber in der zweitbesten, und in dieser gibt es einen Steuerwettbewerb. Wirtschaftsstandorte stehen ständig, tagtäglich untereinander in einem intensiven Wettbewerb – auf regionaler, nationaler, aber auch auf internationaler Ebene; und es ist eine alte Weisheit, dass sich Unternehmungen dort ansiedeln, oder Ausbauprojekte an solchen Standorten machen, wo sie für sich günstige Rahmenbedingungen erhalten. Zu diesen Rahmenbedingungen – ob wir es wollen oder nicht – gehören halt auch Verfahren für Finanzhilfe, dazu gehört auch das Thema Steuererleichterung, aber auch der Umgang mit Vertraulichkeit von Daten gehört dazu. Und, liebe Grossrätinnen und Grossräte, Vertraulichkeit ist im Einzelfall eine zentrale Anforderung einer Unternehmung an eine staatliche Wirtschaftsförderung.

Die Regierung zeigt in ihrer Antwort auf, dass der Kanton Bern im Standortwettbewerb geschwächt würde, wenn andere Standorte und Kantone Informationen über die bernische Förderung hätten, ohne dass genau diese Standorte oder eben Kantone selber die gleichen Informationen veröffentlichen, weil klar ist: Die Bekanntgabe der Förderung lässt unter Umständen Rückschlüsse auf die Geschäftstätigkeit von geförderten Unternehmungen zu, sie lässt Rückschlüsse auf die Art und Weise zu, wie die Kantone Instrumente einsetzen, welche sie einsetzen. Unternehmungen haben ganz klar auch ein rechtlich geschütztes Interesse, dass Förderung, Förderungsverhandlungen, Förderungsergebnisse vertraulich behandelt werden.

Ich bin sehr froh um die Aussagen des Präsidenten der GPK. Wir haben in den letzten Jahren die Berichterstattung zur Standortförderung deutlich und immer wieder ausgebaut. Wir berichten sehr viel transparenter als andere Kantone, und wir sind zudem der einzige Kanton, der alle vier Jahre Nutzen-Wirkungs-Analysen über die Förderung, über die Art der Förderung, über das Ergebnis der Förderung macht, und das ist eine externe Kosten-Nutzen-Wirkungsanalyse. Die Regierung ist deshalb der Auffassung, dass die Forderung der Motionärin nach einer Langzeitanalyse erfüllt ist.

Der Präsident der GPK hat es erwähnt: Die GPK begleitet die Arbeit der Standortförderung eng, erhält vertrauliche, sensible Informationen. An die Adresse von denjenigen Grossratsmitgliedern, die den Eindruck haben, das Parlament sei im Blindflug unterwegs, was die Informationslage angeht: Ich habe den Eindruck, dass die GPK parteipolitisch zusammengesetzt ist. Ich glaube, dieser Eindruck täuscht Sie nicht, mich auch nicht, und damit hat jede Fraktion Zugang zu diesen Ausführungen, welche die VOL der GPK gegenüber macht. Jede Fraktion hat über ihre Mitglieder in der GPK die Möglichkeit, Fragen zu stellen, die Möglichkeit, zu den Informationen zu kommen, zu sensiblen, zu vertraulichen Informationen. Auch die FK führt regelmässig eine Dienststellenrevision durch.

Ich erlaube mir noch eine Bemerkung zur Akzeptanz. Wenn die Motionärin sagt, dass die Bevölkerung und die Wirtschaft mehr Transparenz brauchen, damit die Akzeptanz der Förderinstrumente steigt, dann teile ich diese Auffassung nicht. Ich stelle selber immer wieder fest und erhalte das auch von meinen Leuten von der Wirtschaftsförderung zurückgemeldet, dass die Akzeptanz der Wirtschaftsförderung und der Förderinstrumente des Kantons Bern hoch ist – politisch, das scheint mir jetzt auch das Ergebnis dieser Debatte heute hier zu diesem Vorstoss, aber vor allem auch in der operativen Umsetzung. Die Unternehmungen vertrauen darauf, dass die Berner Wirtschaftsförderung ein verlässlicher Partner ist, ein Partner, der weiss, wie man mit sensiblen Informationen umgeht.

Gestützt auf die Aussagen des Präsidenten der GPK, gestützt auf Erfahrungen, die ich selber gemacht habe, komme ich zum Schluss, dass das Anliegen der Motion schon heute erfüllt ist, und die Regierung kommt zum Schluss, dass weitergehende Forderungen nicht im Interesse des Kantons wären. Sie würden vor allem an anderen Standorten anderen Kantonen nützen, mit denen der Kanton Bern in einem Standortwettbewerb steht. Die Regierung lehnt die Motion deshalb in allen Punkten ab.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Ich erteile der Motionärin, Natalie Imboden, noch einmal das Wort.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich bin jetzt sehr erstaunt über die letzte Aussage des Volkswirtschaftsdirektors. Er hat jetzt ganz am Schluss gesagt, jede Fraktion habe Zugang zu vertraulichen Informationen, die in der GPK vorhanden sind. Ich habe das sehr gerne gehört. Das heisst, ich werde heute die GPK-Mitglieder unserer Fraktion fragen, welche vertraulichen Informationen sie erhalten haben.

Herr Volkswirtschaftsdirektor, ich glaube, ich bin nicht sicher, ob ich jetzt alles richtig verstanden habe. Denn das heisst eigentlich, diese Daten sind damit «grossratsöffentlich», und das heisst: Dann sehe ich den Unterschied wirklich nicht, weshalb man es dann nicht dem Grossen Rat sagen kann, wenn wir als Fraktionsmitglieder über die GPK-Mitglieder Zugang zu vertraulichen Informationen haben. Mit dieser Aussage könnte ich eigentlich sagen: Ja, die Motion hat sich tatsächlich erledigt. Aber vielleicht ist das jetzt nicht ganz so gemeint, wie Sie es gesagt haben. Ich wäre froh, wenn man das noch klären könnte.

Ich denke, die Debatte – und ich bin froh um diese Debatte – hat gezeigt, dass es doch in verschiedenen Fraktionen ein gewisses Verständnis – «Sympathien» wurde gesagt – für dieses Anliegen nach mehr Transparenz gibt. Ich möchte vielleicht einfach noch zwei Sachen dazu sagen. Das eine ist: Ich habe keinen Antrag gestellt, die Wirtschaftsförderung zu streichen. Ich habe auch nicht den Antrag gestellt, im StG die Steuererleichterungen zu streichen – das an die Adresse der SVP. Das ist in diesem Sinne kein Antrag, der vorliegt. Es geht wirklich um Transparenz und um die Nachhaltigkeit von diesem Wirken.

Ich muss doch noch einmal ganz kurz zu Walgreen Boots Alliance zu sprechen kommen. In der Medienmitteilung von 2012 stand: Sie kommen nach Bern – das hat die VOL geschrieben –, weil wir attraktive Schulen haben, attraktives Wohnen, gute Verkehrsmittel und für das Kader, für die Familien attraktiv sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Walgreen Boots Alliance: Bezahlen sie einen Rappen an unsere Kindertagesstätten (Kitas)? Bezahlen sie einen Rappen an unsere Ausgaben im öffentlichen Verkehr? Diese Frage bleibt einfach offen, und ich denke, diese Frage muss man sich tatsächlich stellen.

Zur Transparenz: Der Bund macht das zum Beispiel. Der Bund weist auf Bundesebene entgangene Steuereinnahmen aus. Also wird in einem jährlichen Bericht ausgewiesen, wie viele Steuereinnahmen man nicht macht, weil man eben «tax holidays» macht. Weswegen kann das der Kanton Bern nicht tun? Also man könnte wenigstens die Gesamtsumme der durch Steuererlasse nicht eingegangenen Steuern durchaus kommunizieren. Da haben wir heute wirklich null Informationen, und ich denke, da könnten wir wirklich einen Schritt weiter gehen.

Ich wandle die Punkte 1 und 2 aufgrund der Diskussion in ein Postulat. Ich denke, das wäre die Gelegenheit dafür, dass man wirklich sagen kann, man wolle genauer hinschauen. Über die Modalitäten könnte man sich dann später in einer Gesetzesrevision, oder nachdem das geprüft worden ist, äussern. Das würde die Gelegenheit geben. An den Punkten 3 und 4 halte ich fest. Ich glaube, Klimapolitik und auch die Nachhaltigkeit sind so ernsthaft, dass man da wirklich genauer hinschauen muss. Ich bitte Sie, die Motion – zwei Punkte in Postulat-, zwei Punkte in Motionsform – im Interesse der Transparenz zu unterstützen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Und nun gehe ich davon aus, dass der Herr Volkswirtschaftsdirektor noch einmal das Wort möchte.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Ja. Ich will Grossrätin Imboden, die ich als erfahrene, profilierte Grossrätin kenne und schätze, die Antwort nicht in aller Ausführlichkeit geben, die sie selbst nämlich schon richtig gehört hat. Dass die GPK-Mitglieder einem Kommissionsgeheimnis unterstehen, ist selbstverständlich. Dass aber die grossen Fraktionen Einsitz haben, Mitglieder in der GPK haben – diese Mitglieder hören die Informationen, sehen diese Informationen und sie können mindestens soweit in den eigenen Fraktionen Vertrauen schaffen, dass sie aufzeigen können: Es wurde informiert, es wurden glaubwürdige Darstellungen gemacht. Die Instrumente sind schlüssig. Es ist nicht so, dass Unternehmungen einfach eine Steuerkarawane sind, die alle zwei Jahre von einem Standort zum anderen wandern, ohne dass das Konsequenzen hätte. Alle solchen Aussagen kann man, ohne dass man das Kommissionsgeheimnis bricht, in die Fraktionen hineintragen, im Sinne einer Vertrauensbildung, wobei ich den Eindruck habe, dies funktioniert. Das Vertrauen ist in diesem Parlament grossmehrheitlich auch vorhanden.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir

würden punktweise abstimmen. Ich würde über den Punkt 1 als Postulat abstimmen lassen, über den Punkt 2 als Postulat.. Und sind Sie einverstanden, wenn wir die Punkte 3 und 4 zusammen als Motion nehmen? Oder soll man darüber auch einzeln abstimmen? – Kann man sie zusammennehmen? – Das ist der Fall. Dann kommen wir zum Punkt 1. Wer den Punkt 1 dieser Motion, gewandelt in ein Postulat, annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	58
Nein	84
Enthalten	5

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben diesen Punkt 1 als Postulat abgelehnt mit 84 Nein- gegen 58 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Wir kommen zum Punkt 2. Wer den Punkt 2 als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	45
Nein	95
Enthalten	4

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben auch den Punkt 2 abgelehnt mit 95 Nein- gegen 45 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Dann kommen wir zu den Punkten 3 und 4 als Motion. Wer die Punkte 3 und 4 annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 3 und 4)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	59
Nein	86
Enthalten	3

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben die beiden Punkte abgelehnt mit 86 Nein- gegen 59 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen. Und damit übergebe ich das Wort wieder dem Präsidenten.

Der Präsident, Jürg Iseli, übernimmt wieder den Vorsitz.

Wahlresultate

Resultat des Wahlgeschäfts 2018.RRGR.632 – Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Obergerichts, für die Amtsdauer vom 01.01.2019 bis 31.12.2021

Bei 155 ausgeteilten und 153 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 1 und ungültig 0, in Betracht fallend 152, wird bei einem absoluten Mehr von 77 gewählt:

Annemarie Hubschmid Volz mit 152 Stimmen.

(Applaus)

Resultat des Wahlgeschäfts 2018.RRGR.612 – Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsgerichts, sozialversicherungsrechtliche Abteilung, mit Beschäftigungsgrad 80 %, für die Amtsdauer bis 31.12.2022

Bei 155 ausgeteilten und 155 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 4 und ungültig 0, in Betracht fallend 151, wird bei einem absoluten Mehr von 76 gewählt:

Philippe Jakob mit 148 Stimmen.

Niklaus Matt erhielt 3 Stimmen.

(Applaus)

Resultat des Wahlgeschäfts 2018.RRGR.613 – Wahl eines Ersatzmitglieds deutscher Muttersprache für das Obergericht, für die Amtsdauer bis 31.12.2022

Bei 155 ausgeteilten und 155 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 4 und ungültig 1, in Betracht fallend 150, wird bei einem absoluten Mehr von 76 gewählt:

Franziska Friederich Hörr mit 150 Stimmen.

(Applaus)

Resultat des Wahlgeschäfts 2018.RRGR.614 – Wahl von zwei Fachrichterinnen oder Fachrichtern französischer oder deutscher Muttersprache für das Kindes- und Erwachsenenschutzgericht, für die Amtsdauer vom 01.01.2019 bis 31.12.2024

Bei 155 ausgeteilten und 155 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 1 und ungültig 0, in Betracht fallend 154, wird bei einem absoluten Mehr von 78 gewählt:

Franz Caduff mit 152 Stimmen und

Hans Peter Graf mit 152 Stimmen.

(Applaus)

Resultat des Wahlgeschäfts 2018.RRGR.615 – Wahl einer Fachrichterin oder eines Fachrichters für das Jugendgericht, für die Amtsdauer bis 31.12.2022

Bei 155 ausgeteilten und 155 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 9 und ungültig 0, in Betracht fallend 146, wird bei einem absoluten Mehr von 74 gewählt:

Daniel Kauer mit 123 Stimmen.

Oliver Bösch erhielt 23 Stimmen.

(Applaus)

Resultat des Wahlgeschäfts 2018.RRGR.616 – Wahl von zwei Laienrichterinnen oder Laienrichtern für die Regionalgerichte, für die Amtsdauer bis 31.12.2022

Bei 155 ausgeteilten und 155 eingegangenen Wahlzetteln, wovon leer 1 und ungültig 0, in Betracht fallend 154, wird bei einem absoluten Mehr von 78 gewählt:

Martina Marti-Moser mit 118 Stimmen und

Marion Nyffenegger mit 106 Stimmen.

Vanda Descombes-Della Schiava erhielt 64 Stimmen.

(Applaus)

Vereidigung

Präsident. Das waren die Resultate der Wahlen. Wir kommen gleich zur Vereidigung des neu gewählten Verwaltungsrichters. Ich bitte die Ratsmitglieder und die Zuschauer auf der Tribüne, aufzustehen. Herr Philippe Jakob ist bereits hier vorne. Herr Jakob legt das Gelübde ab. *(Der Generalsekretär liest die Gelübdeformel in deutscher Sprache vor.)*

Herr Philippe Jakob legt das Gelübde ab.

(Applaus)

Präsident. Ich wünsche Herrn Jakob für seine neue Tätigkeit alles Gute, eine gute Hand und eine gute Zeit. *(Heiterkeit und Applaus)* Damit ist die Vereidigung abgeschlossen.